

## Protokollauszug

aus der

### 11. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 14.07.2015

---

öffentlich

**Top 3.2    Potsdam strebt an den Titel "Fairtrade - Town" zu erlangen  
15/SVV/0043  
abgelehnt**

Herr Walter bringt den Antrag ein, begründet ihn und bittet um dessen Abstimmung.

Herr Rietz erkundigt sich nach dem zu erwartenden Aufwand einer entsprechenden Lenkungsgruppe und befürchtet, dass dieser im Vergleich zu dem Nutzen eines solchen Labels in keinem Verhältnis stehe.

Herr Walter weist darauf hin, dass die Lenkungsgruppe ehrenamtlich agiert.

Herr Kirsch fragt nach dem konkreten Nutzen für die Stadt durch den beantragten Titel.

Herr Walter erläutert diese anhand der Begründung aus dem vorliegenden Antrag.

Auf die Frage von Herrn Rietz, warum hieraus kein Prüfauftrag gemacht werde, geht Herr Frerichs (Wirtschaftsförderung) ein. Er warnt vor zu großen Erwartungen durch einen solchen Titel. Die Idee dahinter hält er zwar für positiv, skeptisch ist er jedoch gegenüber den von dem Verleiher des Titels, der TransFair e. V. Köln, verlangten Auflagen. Einen Großteil dieser Auflagen sehe er in Potsdam ohnehin bereits erfüllt. Ob eine Mitgliedschaft als „Fairtrade-Town“ erfolgreich wäre, hält er aber für fraglich.

Herr Lack weist auf die Chance, durch einen solchen Titel ein positives Zeichen zu setzen, hin und wirbt für die Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Ausschussvorsitzende stellt die neue Fassung vom 27.04.2015 des Antrages zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Landeshauptstadt Potsdam bewirbt sich um den in Deutschland von TransFair e. V. Köln verliehenen Titel „FairtradeTown.“<sup>[1]</sup>

Dazu werden die erforderlichen Maßnahmen ergriffen, um die Kriterien von TransFair e. V. Köln zu erfüllen.

<sup>[1]</sup> (Fairtrade: fairer Handel, lauterer Wettbewerb - Town: Stadt, Gemeinde)

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	<b>2</b>
Ablehnung:	<b>2</b>
Stimmenthaltung:	<b>2</b>

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung den Antrag abzulehnen.